

# PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Charlottenburg-Wilmersdorf  
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Fon: 9029–14908 Fax: 9029–14914  
e-mail: [fraktion@gruene-cw.de](mailto:fraktion@gruene-cw.de)  
<http://www.gruene-cw.de>



## Große Anfrage und Anträge an die BVV am 22. Februar 2018

Große Anfrage  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Dr. Vandrey/ Wapler

### Zweckentfremdung

1. Wie bewertet das Bezirksamt die Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, wonach der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf seit Inkrafttreten des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes lediglich Bußgelder in Höhe von insgesamt 750 Euro verhängt hat – im Vergleich etwa zu Bußgeldern in Höhe von 1.723.484 Euro im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg?
2. Weshalb ist der Anteil der Ferienwohnungen an der Anzahl der zurückgeführten Wohnungen im Vergleich zu anderen Innenstadt- Bezirken so gering und welche Strategie verfolgt das Bezirksamt, um hier erfolgreicher zu agieren?
3. Welche Strategien verfolgt das Bezirksamt, um das Verbot der Zweckentfremdung durchzusetzen, und welche Gespräche hat es darüber mit anderen Bezirken im Sinne einer einheitlichen Handhabung geführt?

---

Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

### Sicherheit für Radfahrer\*innen Giesebrechtstraße/Wilmersdorfer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wie die Sicherheit für Radfahrer\*innen an der Einmündung der Giesebrechtstraße in die Wilmersdorfer Straße und im weiteren Verlauf der anschließenden Kurve in Richtung Meyerinckplatz verbessert werden kann. Insbesondere ist zu untersuchen, wie sich die Verkehrssicherheit und die Sichtbeziehungen zwischen den Radfahrenden und Autofahrer\*innen durch

1. die Anlage von Gehwegvorstreckungen im Einmündungs- und im Kurvenbereich
2. die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen auf der Fahrbahn (wie z.B. in der Fasanenstr.)

3. die Aufstellung von deutlich sichtbaren Pollern, um das Parken auf den Gehwegen zu verhindern
4. das Aufbringen von farblichen Fahrbahnmarkierungen verbessern lassen.

Der BVV ist bis zum 30.6.2018 zu berichten.

Begründung:

Die Giesebrechtstraße ist als vielbefahrene Einbahnstraße in Gegenrichtung für den Radverkehr freigegeben. Im Bereich der Kurve hinter der breiten Einmündung in die Wilmersdorfer Straße verengt sich die Fahrbahn erheblich, entgegenkommende Verkehrsteilnehmer\*innen sind durch die auf der Ecke abgestellten Fahrzeuge schwer auszumachen. Dadurch kommt es im genannten Bereich immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrer\*innen und dem motorisierten Verkehr. Die beispielhaft genannten Maßnahmen tragen dazu bei, die Sicherheit und die Aufmerksamkeit für den Radverkehr zu erhöhen.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

### **Mehr Sicherheit auf der Kreuzungsanlage Bundesallee/Hohenzollerndamm/Nachodstraße/Spichernstraße**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz die Sichtbeziehungen auf Kreuzungsanlage Bundesallee/Hohenzollerndamm/Nachodstraße/Spichernstraße zu verbessern und so zu ändern, dass die Radfahrenden nicht neben, sondern vor dem motorisierten Verkehr an der Ampel stoppen. Für die konkrete Planung soll der Fahr-Rat einbezogen sowie die Belange von Fußgänger\*innen berücksichtigt werden.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2018 zu berichten.

Begründung:

Am 19. Januar 2018 ereignete sich an der Kreuzung Hohenzollerndamm/Bundesallee ein schwerer Unfall, bei dem ein LKW-Fahrer eine Radfahrerin beim rechts abbiegen verletzte. Die meisten Unfälle mit Radfahrenden ereignen sich auf diese Weise. Daher sind bessere Sichtbeziehungen mitentscheidend, um solche Unfälle zu verhindern. Das Verkehrskonzept von Charlottenburg-Wilmersdorf listet die Kreuzungsanlage Bundesallee/Hohenzollerndamm/Nachodstraße/Spichernstraße als einen Ort von gehäuften Unfällen im Bezirk auf.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Gusy/Kaas Elias

## **Themen der BVV im Internet attraktiv darstellen**

Die BVV möge beschließen

Das Büro der BVV wird gebeten, die Themen der Bezirksverordnetenversammlung auf der Webseite der BVV attraktiver darzustellen. Dabei sollen Themen nach Aktualität sowie Popularität hervorgehoben werden. Die Suchfunktion sollte vereinfacht werden.

Der BVV ist bis zum 30.6.2018 zu berichten.

### **Begründung**

Die Themen der BVV lassen sich derzeit nur über eine Art Datenbank finden. Wer sich in dem System nicht auskennt, findet nicht ohne weiteres Anträge und Anfragen zu den Themen, die sie/ihn interessieren.

### **Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Drews/Centgraf

## **Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird beauftragt, die „Deklaration biologische Vielfalt“ in Kommunen zu unterzeichnen und die für den Bezirk relevanten Punkte schrittweise umzusetzen. Außerdem soll sich der Bezirk gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass für die Umsetzung der Maßnahmen erforderliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, da die Umsetzung der Deklaration in den Bezirken zur Umsetzung der Berliner Strategie zur biologischen Vielfalt beiträgt.

Nach Verlauf von einem Jahr ist zu prüfen, ob der Bezirk dem Bündnis Biologische Vielfalt in Kommunen (KOMMBIO) beitrifft.

Der BVV ist bis zum 28.02.2019 zu berichten.

### **Begründung:**

Mit der Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ erklärt der Bezirk den politischen Willen, biologische Vielfalt zu schützen und ökologische Aspekte in die Stadtentwicklung zu integrieren. Die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ stellt eine Selbstverpflichtung dar, welche Leitziele für Verwaltungshandeln in Bezug auf biologische Vielfalt beinhaltet.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist für gezielte Aktivitäten zu mehr Natur in der Stadt, zu denen die Unterzeichnung der Deklaration verpflichtet, geeignet, weil er

einerseits aus stark verdichteten urbanen Räumen besteht, andererseits neben vielen innerstädtischen Grünflächen auch randstädtische wertvolle Naturräume wie die Fließwiese, die Murellenberge oder die Feuchtgebiete im nördlichen Grunewald aufweist.

Bis Oktober 2016 haben 273 Kommunen in Deutschland die Deklaration unterzeichnet, darunter auch der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ geht auf eine Initiative des Bundesamtes für Naturschutz zurück und soll dazu beitragen, die Bemühungen zum Schutz von Artenvielfalt und Lebensräumen in Kommunen zu verstärken.

Deklaration:

[http://www.kommbio.de/fileadmin/user\\_upload/files/Download/Deklaration.pdf](http://www.kommbio.de/fileadmin/user_upload/files/Download/Deklaration.pdf)

Bisherige Deklarationskommunen:

[http://www.kommbio.de/fileadmin/user\\_upload/files/Download/Deklarationskommunen.pdf](http://www.kommbio.de/fileadmin/user_upload/files/Download/Deklarationskommunen.pdf)

Weitere Informationen:

<http://biologischevielfalt.bfn.de/12350.html>)